

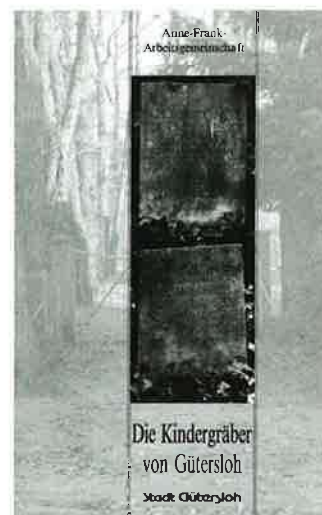
## „Camp Kaunitz“ Das Lager für Displaced Persons in Kaunitz 1945-1949

**D**Ps, „Displaced Persons“, aus ihrer Heimat verschleppte Menschen: Diesen Begriff prägten die Alliierten bereits während des Zweiten Weltkrieges für die Millionen von ausländischen Zivilisten und jüdischen Häftlingen aus den Konzentrationslagern, die im nationalsozialistischen Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten.<sup>1)</sup> Nach der Befreiung planten die Alliierten, diese Menschen, deren Zahl sie allein in Westfalen auf 410.000 schätzten<sup>2)</sup>, an bestimmten Sammelstellen zusammenzufassen. Binnen kurzer Zeit sollten sie von dort in ihre Heimatländer zurückgeführt, „repatriert“ werden, wie es – davon gingen die Alliierten aus – der Wunsch aller DPs sein musste. Im damaligen Amt Verl wurde das auf der Grenze zwischen den beiden Gemeinden Liemke und Österwiehe gelegene Dorf Kaunitz zu einem solchen Lager, da in Ermangelung einer anderen Unterbringungsmöglichkeit eine große Zahl der dortigen Häuser und Wohnungen für DPs beschlagnahmt wurden.<sup>3)</sup> Dieses Lager füllten jedoch nicht die polnischen und sowjetischen Frauen und Männer, die im Amt Verl vornehmlich in der Landwirtschaft, aber auch in den von Bodelschwingschen Anstalten in Eckardtsheim und Sende, in der Holzschuhfabrik „Westfälische Holzindustrie“ und in der Fleischwarenfabrik „Verlia“ Zwangsarbeit hatten verrichten müssen. Deren Wege führten nach Ende des Krieges in die dafür bestimmten Sammelager in Bielefeld, Paderborn und Rheda.<sup>4)</sup> Das Lager in Kaunitz hingegen war nicht geplant, es entstand aus einer Begebenheit, deren Ort nicht vorhersehbar gewesen war.

Am 30. März 1945 begann der „Evakuierungsmarsch“ von 800 weiblichen jüdischen Häftlingen – Polinnen, Ungarinnen und Tschechoslowakinnen – aus dem Lager der Lippstädter Eisen- und Metallwerke (LEM), einem Außenlager des Konzentrati-

onslagers Buchenwald. Dort hatten sie, vom Konzentrationslager Auschwitz überstellt, seit dem Juli bzw. seit dem November 1944 arbeiten müssen.<sup>5)</sup> Nun sollten sie der Befreiung durch die herannahenden amerikanischen Truppen entzogen und auf Nebenstraßen in das Vernichtungslager Bergen-Belsen geführt werden. Zwei Tage später, in den frühen Morgenstunden des 1. April, des Ostersonntags, ließen die Wachleute die Frauen auf einem Feld halten, und ergriffen die Flucht. Denn hier, bei Kaunitz<sup>6)</sup>, wurde die Gruppe von den vorrückenden amerikanischen Truppen überholt und – war frei. Mitarbeiter der UNRRA<sup>7)</sup>, der als einem Organ der

→  
*Eine Arbeitsgemeinschaft der Anne-Frank-Gesamtschule in Gütersloh erforschte seit 1989 die Schicksale der bei Kaunitz befreiten Frauen. Sie gewann mit ihrem Beitrag den zweiten Preis beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 1993. Auszüge daraus veröffentlichte die Stadt Gütersloh noch in demselben Jahr.*



Vereinten Nationen die Betreuung und Repatriierung der DPs übertragen war, befanden sich nicht bei diesen Einheiten. Daher unterstützten die amerikanischen Soldaten, die sich ohne entsprechende Transportmittel und Unterbringungsmöglichkeiten

Deutschland wieder demokratische Verhältnisse einstellen würden, engagierte sich Müller erneut politisch. Er blieb seiner liberalen demokratischen Gesinnung treu und wurde Ortsvorsitzender der in der Sowjetischen Besatzungszone neugegründeten Liberal Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) und ihr zweiter stellvertretender Vorsitzender im Landesverband „Altmark“. An ihrem ersten Parteitag vom 6. bis zum 8. Juli 1946 in Erfurt nahm Müller teil.

Die LDP galt nach 1945 als Gegner der SED. Sie hatte vor allem Zulauf von jungen Leuten, die den Kommunismus ablehnten. Viele von ihnen wurden verhaftet, kamen ins Zuchthaus oder in sowjetische Straflager. Bei den letzten freien Wahlen 1946 konnte die LDP noch vor der CDU zweitstärkste Partei hinter der SED werden, mit knapp 25 Prozent der Stimmen. Vermutlich wurde dieses Engagement Müller zum Verhängnis. Vorschläge, sich hauptamtlich in der Verwaltung oder als Volksrichter zu betätigen, lehnte er mit Rücksicht auf sein Alter ab. Auch dies ließ ihn nicht als „brauchbares“ Glied der neuen sozialistischen Ordnung erscheinen. Im Oktober 1946 reiste Müller nach Borgholzhausen, um private Angelegenheiten zu regeln. Nach ca. 14 Tagen kehrte er wieder zurück. Bei dieser Gelegenheit versuchte Dr. Wilhelm Meyer (Stinnes Meyer), der hier zum ersten Bürgermeister nach dem Kriege gewählt worden war, Albert Müller zur Rückkehr nach Borgholzhausen und zur Übernahme des Bürgermeisteramtes zu bewegen. Müller lehnte jedoch ab. Der Grenzübertritt nach Westdeutschland und der Verdacht, Kontakte zu Politikern im Westen zu haben, machten Müller in der Sowjetzone verdächtig.

### Ein politischer Mord?

Am 4. Dezember 1946 wurde Albert Müller auf seinem Hof Hillberg nachts gegen 2.30 Uhr von zwei Einbrechern in sowjetischer Uniform erschossen. Einer der Täter erteilte Befehle auf Deutsch. Seine Witwe Wilhelmine schilderte zehn Jahre später den Hergang des Mordes. Danach wurde zwischen zwei und drei Uhr nachts eine Fensterscheibe im ersten Stock über der Veranda von einem unbekannten Mann in sowjetischer Uniform eingeschlagen. Der Mann drang gewaltsam in das Wohnzimmer ein, in dem Müllers neun Monate alter Enkel schlief. Durch den Lärm wurde die Familie geweckt

und versuchte, durch Lärmen und mit einer Trillerpfeife auf sich aufmerksam zu machen. Das Kind schrie. Müllers Tochter knipste das Licht im Wohnzimmer an. Dort trat ihr der Einbrecher mit vorgehaltener Waffe entgegen und drängte sie in den Flur zurück. Dann drang der Täter in das Schlafzimmer ein, in dem nur Frau Müller schlief. Nachdem sie keine Gegenwehr leistete, lief er in den Flur zurück und versuchte, in das kleine Zimmer zu gelangen, das ebenfalls an dem Flur lag und in dem Albert Müller schlief. Als dieser von innen Gegenwehr leistete, drückte der Soldat die Tür gewaltsam auf und schoss, sobald Müller im Türrahmen erschien, auf ihn. Müller fiel sofort tot um. Er war von mehreren Geschossen am Kopf und am Oberkörper getroffen worden.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juli 1947 kam es erneut zu einem Raubüberfall auf dem Hof Hillberg Nr. 100, bei dem der Rentner Reinhold Franz, der Vater von Müllers Schwiegersohn Robert Franz, schwer verletzt wurde. Der Fall wurde ebenfalls nie aufgeklärt. In den Jahren bis zur Gründung der DDR herrschte in der sowjetischen Besatzungszone noch sehr viel militärische Willkür. Strafverfolgung hat es in beiden Fällen nicht gegeben. Im Februar 1949 reiste Wilhelmine Müller von Stendal nach Borgholzhausen. Hier erkrankte sie und konnte die geplante Rückreise in die DDR nicht antreten. Daraufhin wurden Wohnung und Möbel in Hillberg wegen „illegalen Grenzübertritts“ beschlagnahmt. 1952 wurde der Hof enteignet.

### Wiedergutmachung

Verfolgten des NS Regimes stand eine Wiedergutmachung zu. Weil die Gründe, die zu der Zwangspensionierung des Bürgermeisters Müller geführt hatten, bereits in der Zeit vor der Machtergreifung lagen, war es lange Zeit unklar, ob die Witwe Müller Anspruch auf Wiedergutmachung besaß. Erst nach einem langen Schriftverkehr und erst nachdem sich einige Bürger Borgholzhausens für den ehemaligen Amtmann und Bürgermeister eingesetzt hatten, teilte das Amt Borgholzhausen der Witwe Müller am 12.6.1957 mit, dass ihrem Antrag vom 27. 9.1951 auf Wiedergutmachung nach dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts stattgegeben wurde.



↑ Die bei der St.-Maria-Immaculata Kirche gelegene Dorfschule Kaunitz diente nicht nur einer größeren Zahl der befreiten Frauen als Unterkunft, sondern war auch Verpflegungsstelle und Veranstaltungsort. (Entnommen aus: Friedrich Adämer / Udo Graffunder, *Verl – unsere Gemeinde*, Gütersloh 1991, S. 63)

vor diese Situation gestellt sahen, die Frauen bei der Belegung der Häuser und Wohnungen des Dorfes. Denn nur indem sie sie an den Ort banden, konnte verhindert werden, dass sich die Gruppe zerstreute und damit ihre geplante Repatriierung erschwert würde. So entstand das DP-Lager „Camp Kaunitz“<sup>8)</sup> – als eines von über 300<sup>9)</sup> in Westfalen.

Bereits am Tag darauf bestellte ein amerikanischer Offizier den stellvertretenden Bürgermeister von Liemke in die Dorfschule Kaunitz ein, die zukünftig nicht nur für einen Teil der Frauen als Quartier, sondern auch als Verpflegungsstelle<sup>10)</sup> dienen sollte. Er teilte ihm mit, dass die deutschen Zivilbehörden für die Bekleidung und Verpflegung der in Kaunitz und Umgebung untergebrachten Frauen zu sorgen hätten – jede hatte Anspruch auf doppelte Rationen und außerdem täglich auf ein Ei, einen halben Liter Vollmilch und einen halben Liter Magermilch. Da die zuständigen Bürgermeister der Gemeinden Liemke und Österwiehe „wegen ihres hohen Alters und ihres

Gesundheitszustandes seit einiger Zeit den Aufgaben nicht mehr gewachsen waren“<sup>11)</sup>, mussten sich zunächst ihre Stellvertreter, der Landwirt Konrad Peitzmeier gen. Obermeier sowie der Sägemüller und stellvertretende NSDAP-Ortsgruppenleiter Stefan Pagenkemper, um die Versorgung der Frauen bemühen. Am 3. April dann setzte der amerikanische Kommandant in Verl den Landwirt Johann Maasjost als „Bürgermeister“<sup>12)</sup> von Kaunitz ein. Gemeinsam mit dem noch amtierenden nationalsozialistischen Amtsbürgermeister Josef Lükewille, dem Dorfschullehrer Karl Scheideler, der Caritas-Schwester Anna Plath und dem gleichnamigen Hilfspolizisten Johann Masjost oblag nun ihm die Versorgung der Frauen mit Nahrung und Kleidern, was sich aufgrund der äußeren Umstände schwierig gestaltete. Ausgangssperren und nicht funktionierende Telefone behinderten die Organisation des Notwendigen. Ebenso gab es keinen Strom, so dass die Bäckereien ihre Maschinen nicht betreiben konnten, um Brot in dem erforderlichen Umfang zu backen. Lebensmittel mussten auf den Höfen des Amtsbezirks beschlagnahmt werden. Die Fleischwarenfabrik in Verl gab aus ihren Vorräten erhebliche Mengen ab. In Verl, Gütersloh und Bad Oeynhausen kaufte die Amtsverwaltung Kleidungsstücke ein. Nur so gelang es, die große Zahl von Menschen zu verköstigen und zu bekleiden, die, durch herbeiströmende ehemalige Kriegsgefangene aus den befreiten Lagern Eselsheide und Staumühle vermehrt, in den ersten Tagen zeitweilig auf über 1.200 Köpfe anwuchs.<sup>13)</sup>

Pläne, einen Teil dieser großen Zahl in Verl unterzubringen, scheiterten an der Belegung des Verwaltungssitzes mit amerikanischen Truppen; lediglich vereinzelt fanden einige Frauen in Verl Unterkunft, so in der Wohnung des Amtsbürgermeisters Lükewille.<sup>14)</sup> Einer Verlegung von etwa 300 von ihnen nach Staumühle oder in eine Siedlung in Hövelhof verweigerten sich die Frauen, vermutlich, weil sie nicht voneinander getrennt werden mochten.<sup>15)</sup> Nachdem die deutsche Gesamtkapitulation am 9. Mai in Kraft getreten war, übernahm zum 19. Mai das amerikanische Armeekommando die Versorgung der DPs. Mit diesem Wechsel ging eine von den Lagerbewohnern beklagte Kürzung der Verpflegung einher<sup>16)</sup>, was erklären könnte, dass sie von der einheimischen Bevölkerung zusätzlich zu ihrer Verpflegung Nahrungsmittel forderten, sie in einzelnen Fällen auch erpressten und Gärten plünderten. Schon nach kurzer Zeit, am 1. August, übergab-

ben die Amerikaner im Zuge der im Juni erfolgten Einrichtung der Besatzungszonen die Verantwortung für das Lager der britischen Militärregierung. Die mit der Verwaltung und Betreuung von DP-Lagern betraute Einheit der DPACS<sup>17)</sup> in Rheda setzte sofort einen ihr verantwortlichen Lagerleiter aus dem Kreis der DPs ein, der von einem Komitee unterstützt wurde.<sup>18)</sup> Die Wahl fiel auf Nathan Neumann, einen aus Lodz gebürtigen 35 Jahre alten Textilingenieur<sup>19)</sup>, der gleichzeitig Sprecher der Lagerbewohner war. Außerdem gab es eine britische Lagerleitung als Ansprechpartnerin<sup>20)</sup> für die deutschen Behörden – in diesem Fall für die Amtsverwaltung Verl –, da die DP-Lager zu extritorialen Einheiten erklärt worden waren, die von deutschen Verwaltungsangehörigen ebenso wenig wie von der deutschen Polizei betreten werden durften.<sup>21)</sup>

„Unzer Sztyme“ war die Monatsschrift des „Zentralkomitees der befreiten Juden in der Britischen Zone“, die auch über das jüdische Leben in Kaunitz berichtete. Eine Auswahl der Beiträge gab die Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein im Jahr 2004 heraus.



Im August 1945 befanden sich noch rund 550 Personen im Lager Kaunitz, vornehmlich polnische und ungarische Frauen, aber auch einige Männer und Kinder<sup>22)</sup>. Bereits am 26. Juni waren etwa 250 Ungarinnen und Tschechoslowakinnen auf ihren eigenen dringenden Wunsch in ihre Heimatländer zurückgebracht worden.<sup>23)</sup> Noch einmal 250 weitere Personen verließen das Lager bis Ende November, doch zogen gleichzeitig wieder andere neu zu.<sup>24)</sup> So blieb es bis zum März 1947 unverändert bei rund 350 DPs in Kaunitz.<sup>25)</sup> Denn die schwierige Versorgungslage im zerstörten Osteuropa, vor allem aber die Unsicherheit über die neuen politischen Verhältnisse

in ihren jetzt kommunistisch regierten Heimatländern hatte den Rückkehrwillen der DPs erlahmen lassen.<sup>26)</sup> Die Repatriierung aus Westdeutschland kam zum Stillstand. Angesichts der materiellen Lasten – bereits „zur Jahresmitte [1946] mussten die Briten im eigenen Land erstmals das Brot rationieren, weil sonst die Versorgung der Besatzungszone gefährdet gewesen wäre“<sup>27)</sup> – stellte sich die Frage, ob den DPs andere Zukunftsaussichten als die Rückführung in ihr Heimatland angeboten werden konnten. Eine Lösung fand sich in dem sogenannten Resettlement-Programm der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen IRO<sup>28)</sup>, die 1947 die UNRRA ablöste. Im Rahmen dieses „Wiederansiedlungs-Programms“ hatten sich mehrere Staaten in Westeuropa und Übersee zur Aufnahme von DPs bereit erklärt. Nun begann ihre Zahl auch in Kaunitz langsam, aber stetig abzunehmen: Waren es im Januar 1947 noch 316, so sank im Januar 1948 ihre Zahl bereits auf 194, im Januar 1949 auf 116<sup>29)</sup> und ging im November 1949 schließlich auf 30<sup>30)</sup> zurück. Die bevorzugten Ziele der Auswandernden hießen USA, Kanada, Australien und Israel.<sup>31)</sup> Schon am 19. Dezember 1947 war die Verantwortung für die Unterbringung der DPs auf die Amtsverwaltung Verl übergegangen, nachdem die Militärregierung die Beschlagnahme des Wohnraums in Kaunitz durch ihr Quartieramt aufgehoben hatte.<sup>32)</sup> Dies geschah vermutlich, weil man nun mit der raschen Auswanderung der Lagerbewohner rechnete. Offiziell bestand das Lager daher seit dem 1. Januar 1948 nicht mehr.<sup>33)</sup> Da aber auch die Amtsverwaltung den verbliebenen DPs die weiterhin benötigten Räumlichkeiten nur durch eine erneute Beschlagnahme zur Verfügung stellen konnte, wurden die letzten Häuser in Kaunitz erst zum 31.12.1949 freigegeben.<sup>34)</sup>

Nach den Jahren der Beschlagnahme waren die Häuser und Wohnungen in einem beklagenswerten Zustand. Bereits in den ersten Tagen und Wochen des Bestehens des Lagers waren Fußbodendielen, Türen und Möbel als Brennholz dem Kochen und Heizen zum Opfer gefallen. Einrichtungsgegenstände und Bekleidung, die von den Bewohnern bei der Einquartierung der DPs zurückgelassen werden mussten, waren mitgenommen oder verkauft worden.<sup>35)</sup> Die aus ihren Häusern und Wohnungen vertriebenen Kaunitzer, in der Umgebung von Verwandten und Bekannten aufgenommen oder im eigenen Haus in Futterküche und Keller verdrängt,

hatten dies aus unmittelbarer Nähe miterleben müssen, ohne es verhindern zu können. Unter dem Eindruck, dass es den unteren Behörden „an Macht oder am guten Willen“ fehle, ihnen zu helfen, wandten sie sich im Februar 1946 mit einer Eingabe<sup>36)</sup> an den Regierungspräsidenten Dr. Zenz, in der Hoffnung, er könne die Militärregierung davon überzeugen, dass „die Ausländer baldmöglichst in ein Lager überführt“ würden. Nicht eher könne für sie „die Lage erträglich“, könnten „Ruhe und Ordnung wieder hergestellt“ werden. Die 41 Unterzeichneten schilderten in ihrem Schreiben, wie sie, „aus ihren Heimen vertrieben“ und bei Bekannten oder Verwandten untergebracht oder „rechtlos in ihrem eigenen Heim“, verharren und zusehen mussten,

kinder, denen unter den gegebenen Umständen überdies kein geregelter Unterricht erteilt werden konnte. Denn es stand zwar seit dem Januar wieder ein Klassenzimmer zur Verfügung<sup>37)</sup>, da die Schule jedoch weiterhin als Unterkunft und Lebensmittelausgabestelle für die DPs diente, waren Störungen unvermeidlich.<sup>38)</sup> Abends fanden in den Schulräumen Filmvorführungen oder Konzerte statt, so dass am folgenden Morgen die Sauberkeit „sehr zu wünschen übrig“ ließ.<sup>39)</sup> Klage über „die beispiellosen sittlichen Mißstände in Kaunitz“ hatte Bürgermeister Maasjost bereits im Juli 1945 in einem Bericht an den Landrat geführt.<sup>40)</sup> Er umschrieb damit die Promiskuität einzelner DPs, die auch in der oben genannten Eingabe angedeutet wird.<sup>41)</sup>



Die Aufnahme zeigt eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiterinnen im Mai 1945 gemeinsam mit amerikanischen Soldaten vor dem Haupteingang der Gastwirtschaft Liemke in Kaunitz. Einen Monat nach ihrer Befreiung wirken die Frauen äußerlich bereits ein wenig erholt. (Entnommen einer Ausstellungstafel der Arbeitsgemeinschaft der Anne-Frank-Gesamtschule im Heimathaus Verl)



Am 19. Mai 1946 feierte eine Gruppe von Frauen und Männern des „Camp Kaunitz“ in der Gastwirtschaft Brockbals am heutigen Fürst-Wenzel-Platz. (Entnommen aus: Was uns bleibt. Eine Arbeit eingereicht von Schülerinnen und Schülern der Anne-Frank-Schule Gütersloh, Gütersloh 1993, S. 180)

wie ihr Eigentum zerstört wurde oder in den Schwarzhandel einging. Sie beschrieben auch, dass viele ihrer von der Einquartierung nicht betroffenen Nachbarn sich nicht solidarisch zeigten: Die „Bewohner der Umgegend“ wollten „zwar keineswegs die Ausländer bei sich aufnehmen, wohl aber Geschäfte mit ihnen machen“, indem sie ihnen Geflügel, Eier, Butter und Fleisch verkauften. Es folgten Klagen über das sittliche Verhalten der DPs – „gebrauchte und dann weggeworfene Gummartikel“ wurden gefunden – und über katastrophale hygienische Verhältnisse – „in Unordnung gebrachte“ Pumpen, Hauswasserversorgungen, Toiletten und Badeeinrichtungen – auch in der durch DPs belegten Schule. Beides beeinträchtigte die Schul-

Niemand bedachte, dass dieses vor allem in den ersten Tagen und Wochen beobachtete Verhalten<sup>42)</sup> – der „schamlose“ Umgang von Frauen und Männern miteinander in der Öffentlichkeit, aber auch die Aneignung oder Zerstörung privaten Eigentums – eine unmittelbare Folge der menschenverachtenden Behandlung war, die die DPs als Häftlinge in den Konzentrationslagern und als Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland erlitten hatten. Diesen Staat hatte in weitesten Teilen auch die Bevölkerung des Amtes Verl mitgetragen.

Im selben Bericht erwähnte der Bürgermeister jedoch ebenfalls drei erste Eheschließungen unter den Lagerbewohnern. Neben diesen Heiraten sind

für den Zeitraum 1945-1949 eine weitere Eheschließung nach dem jüdischen Ritus sowie sechs Aufgebotsverhandlungen und 32 Eheschließungen von DPs vor dem Standesbeamten in Verl belegt, außerdem 10 Geburten.<sup>43)</sup> In diesen Urkunden treten erstmals einzelne Personen aus der Namenlosigkeit, aus der Anonymität von Sammelbegriffen wie „die Ausländer“ und „die Jüdinnen“ heraus.<sup>44)</sup> Die Gründung von Familien, die Wahrnehmung der angebotenen kulturellen Veranstaltungen wie Vortrags-, Kino- und Konzertabende, der Wunsch nach sportlicher Betätigung<sup>45)</sup> weisen darauf hin, dass unter den DPs nach den Jahren ihrer Entrechtung im nationalsozialistischen Deutschland ein großes Verlangen nach der Rückkehr, wenn auch nicht in ihre Heimatländer, so doch in einen normalen Alltag bestand. (Dazu gehörte auch das Erlernen eines Berufs: Die nicht-staatliche jüdische Organisation ORT<sup>46)</sup> richtete 1948 in Kaunitz eine Schule ein, in der 40 Schülerinnen zu Bekleidungs- oder Wäscheschneiderinnen ausgebildet wurden.) Trotzdem kam es nur in seltenen Fällen zu einer Annäherung zwischen der deutschen Bevölkerung und den Lagerbewohnern.<sup>47)</sup> Zu sehr nahm die Mehrzahl der Kaunitzer sich selbst als Opfer wahr, „von Gott und der Welt verlassen“<sup>48)</sup>, während sie „den Fremdlingen“ Unterstützung zu Teil werden sahen. Welches Schicksal diese Menschen erlitten hatten – ein Schicksal, das sie jede Unterstützung verdienen ließ –, fragten sich die Wenigsten.<sup>49)</sup>

Es ist das Verdienst einer Arbeitsgemeinschaft der Anne-Frank-Gesamtschule in Gütersloh, die Geschehnisse, die zu der Entstehung des DP-Lagers in Kaunitz führten, nach Jahren des Vergessens wieder in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerufen zu haben. 1989, vier Jahrzehnte nach der endgültigen Auflösung des Lagers, hatten sie, ausgehend von der Entdeckung zweier Kindergrä-

ber auf dem jüdischen Friedhof an der Böhmerstraße in Gütersloh, mit der Erforschung des Leidenswegs der Mütter dieser Kinder begonnen.<sup>50)</sup> Wie sich herausstellte, gehörten sie zu den bei Kaunitz befreiten Zwangsarbeiterinnen und bewohnten mit ihren Ehemännern bis zu ihrer Auswanderung das Lager. Um dauerhaft an dieses Kapitel deutscher Geschichte zu erinnern, regte die Arbeitsgemeinschaft der Anne-Frank-Gesamtschule die Errichtung eines Mahnmals am Ort der Befreiung der Frauen an. Bei der Kaunitzer Bevölkerung war dieser Vorschlag durchaus umstritten. Viele der jüngeren Dorfbewohner, die in diesem Zusammenhang zum ersten Mal von der Befreiung der Frauen und dem Bestehen eines DP-Lagers in Kaunitz hörten, begrüßten ihn. Viele Ältere jedoch wollten sich wohl an die begangenen Plünderungen erinnern, waren aber noch immer nicht bereit, das von den DPs im nationalsozialistischen Deutschland erlittene Unrecht, vor dessen Hintergrund diese Taten verübt worden waren, anzuerkennen.<sup>51)</sup> Doch vermochten sich diese Stimmen nicht durchzusetzen: Am 1. April 1995, auf den Tag genau fünfzig Jahre nach der Befreiung der jüdischen Zwangsarbeiterinnen bei Kaunitz, konnte im Beisein einiger der einstigen DPs an der Straße „Zum Sennebach“ eine Gedenktafel enthüllt werden. Sie trägt die Inschrift: „Hier wurden am 1. April 1945 über 700 jüdische Frauen durch amerikanische Soldaten befreit. Sie waren auf dem Marsch von Lippstadt in das KZ Bergen-Belsen, wo sie getötet werden sollten. Als billige Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie waren sie aus dem KZ Auschwitz nach Lippstadt geholt worden. Dieser Gedenkstein soll an das Leid dieser Frauen und aller Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Er soll uns gleichzeitig mahnen, Unrecht gegenüber Menschen in keiner Form hinzunehmen, sondern ihm mutig entgegenzutreten.“